

Die UN-Städteagenda und Österreich

Anlässlich der HABITAT-III-Konferenz 2016 in Quito/Ecuador wurde die „Neue Städteagenda“ (New Urban Agenda) der Vereinten Nationen beschlossen. Beim Welt-Städteforum (World Urban Forum) im Februar 2018 in Kuala Lumpur/Malaysia waren ein erstes Mal Fortschritte bei ihrer Umsetzung Thema.

Wolfgang Amann, Institut für Immobilien, Bauen und Wohnen

Die Neue Städteagenda folgt den 2015 beschlossenen Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen, insbesondere Ziel 11 „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“. Die Zukunft der Stadt ist komplex. Und das sind auch die Inhalte der Agenda. Es geht um das Zusammenwirken von Stadt und (Um)Land hinsichtlich wechselseitiger Migration, Verkehr und wirtschaftlicher Verflechtungen, Gesundheit und Gesetzgebung, um die gleichberechtigte Nutzung und Gestaltung der Städte für alle, um den öffentlichen Raum, den Schutz des kulturellen Erbes, um die technische Infrastruktur der Städte und ihren Schutz gegen Naturkatastrophen und Terrorismus, um Mobilität, um ökologische Nachhaltigkeit und Energieeffizienz, um wirtschaftliche Prosperität, die allen zugutekommt, um eine alles integrierende Stadtplanung und schließlich auch um Wohnen und dessen Leistbarkeit sowie die Finanzierung der Maßnahmen.

In Kuala Lumpur wurde eine „Deklaration zu Städten 2030“ unterzeichnet, die die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Implementierung der Städteagenda auf allen Ebenen fordert. Die New Urban Agenda ist eine freiwillige Vereinbarung der Staatengemeinschaft. Wie und in welcher Frist die Empfehlungen in die Rechtsordnungen und Politik auf nationaler und regionaler Ebene umgesetzt werden, obliegt den beteiligten Staaten.

EU-Städteagenda – Urban Agenda for the EU

Die EU hat Anfang 2016, noch vor der Habitat-III-Konferenz, eine eigene Städteagenda beschlossen. Ihre ursprüngliche Ausrichtung zielte auf eine bessere Rechtssetzung, die bessere Zugänglichkeit und Nutzung von EU-Finanzmitteln sowie Wissensaustausch und eine bessere Zusammenarbeit. Im Prozess der Implementierung der UN-Städteagenda bekennt sich die EU nun zu deren Umsetzung auf europäischer Ebene und zur globalen Vorbildwirkung der EU im Bereich der nachhaltigen Städteentwicklung.

Zu mehreren Schwerpunktthemen wurden seitens der EU Aktionspläne ausgearbeitet, etwa zu städtischer Armut, zu

Integration von MigrantInnen und zu Luftqualität. Ende 2018 sollen Aktionspläne für insgesamt zwölf Schwerpunktthemen stehen. Beim World Urban Forum wurde eine im Auftrag der EU-Kommission erarbeitete öffentlich zugängliche Datenbank zu weltweit allen etwa 10.000 städtischen Ballungsgebieten vorgestellt.

Leistbares Wohnen

Ein zentrales Thema für die Funktionsfähigkeit von Städten ist Wohnen, das leistbar und zugänglich für alle BewohnerInnen sein soll. Ein erheblicher Teil der Veranstaltungen am World Urban Forum war internationalen Erfahrungen mit leistbarem Wohnen gewidmet.

Ein starker Fokus wurde auf wohnungspolitische Lösungen gelegt, die die Lücke zwischen dem schließen, was einerseits der Markt schafft und andererseits der öffentliche Wohnbau. Österreich hat diesbezüglich mit Wohnungsgemeinnützigkeit und Wohnbauförderung bekanntermaßen ein internationales Vorzeigemodell, das bei Habitat III auch präsentiert wurde (www.iibw.at). In vielen Fällen spielt die kostenlose oder kostengünstige Zurverfügungstellung von Bauland durch die involvierten Gemeinden eine zentrale Rolle (z. B. Taiwan, Montreal). Vielerorts bemüht sich der private Sektor darum, dieses Massensegment für sich zu erschließen (z. B. das Gastgeberland Malaysia mit bereits 1 Million errichteter leistbarer Wohnungen, Indien, Kolumbien, mehrere afrikanische Länder). In einigen Ländern wird auch die Stärkung bestehender oder die Wiedereinführung von Wohnbaugenossenschaften oder gemeinnützigen Bauvereinigungen erwogen (z. B. Malta). In vielen früher sozialistischen Staaten sind derartige Institutionen noch vorhanden, heute aber kaum aktiv.

Doch in vielen weniger entwickelten Ländern absorbiert die Lösung der dringendsten Wohnbedürfnisse der untersten Einkommensschichten alle Möglichkeiten staatlichen Handelns inklusive internationaler Hilfe. Das ist bedauerlich, denn ein Intermediärsektor kann mit einem Minimum an öffentlichen Förderungen den Druck von der Mitte der Be-

völkerung reduzieren. Ein solcher Sektor kann die Entstehung eines Mittelstands begünstigen und kommt durch Integration und die Entlastung des Marktes auch den untersten Einkommensschichten zugute.

Die Städteagenda und Österreich

Für die österreichischen Städte sind in der New Urban Agenda nur vereinzelte Ansatzpunkte für Innovation über das bereits Erreichte hinaus identifizierbar. Die meisten der Empfehlungen der Neuen Stadt-Agenda sind hierzulande bereits Alltag. Neue Ansatzpunkte könnten sein:

- » Verbesserung der Leistbarkeit des Wohnens.
- » Die Verbesserung der Stadt-Umland-Relationen z. B. bei öffentlichem Verkehr und Raumentwicklung. Dies ist v. a. im Verhältnis von Wien und seinem niederösterreichischen Umland relevant, aber auch bei einigen anderen Stadtregionen.
- » Die bessere Abschöpfung von Wertsteigerungen von Grundstücken aufgrund von Widmungen oder öffentlichen Infrastrukturinvestitionen, z. B. durch verbesserte Rahmenbedingungen der Vertragsraumordnung.
- » Die empfohlene Einführung von Stadtentwicklungsfonds schließt auch Bodenfonds ein, wie sie erst in einzelnen Bundesländern bestehen.
- » Bessere Schnittstellen zwischen Forschung und Politik in Stadtplanung, Raumordnung und Wohnungspolitik.
- » Besserer Spekulationsschutz in Wohnrecht und Bauordnungen.
- » Größeres Augenmerk auf die Straße, den Ort des öffentlichen Lebens per se, und deren Gestaltung.

In der österreichischen Stadtpolitik hat die Agenda bislang wenig Spuren hinterlassen, ganz im Gegensatz zu Deutschland oder Frankreich, die bekunden, die Agenda als Grundlage der strategischen Ausrichtung ihrer Stadtpolitik gemacht zu haben. Es sei in diesem Zusammenhang auch darauf verwiesen, dass dem Thema „Stadt“ im aktuellen Regierungsprogramm nicht mehr als eine halbe Seite gewidmet ist, und das als Anhängsel zum Kapitel „Landwirtschaft und ländlicher Raum“. Dementsprechend fehlen auch Hinweise auf internationale Vereinbarungen.



Das Goldene Dreieck in Kuala Lumpur, Malaysia.

Beim 9. Welt-Städteforum diskutierten ExpertInnen aus aller Welt hier die Umsetzung der Welt-Städteagenda.

Schlussfolgerungen

Die Neue Städteagenda der Vereinten Nationen ist von weltweiter Relevanz. Zwar ist der Handlungsdruck im globalen Süden aufgrund der massiven Urbanisierung und der geringeren Kapazitäten wesentlich größer. Die Agenda bietet aber auch für die Städte des globalen Nordens fruchtbringende Anregungen. Eine zentrale Erkenntnis ist die globale Verantwortung für die Urbanisierung der Welt. Die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen ist nur mit systematischer Unterstützung des Südens durch den Norden denkbar – auch und gerade auf der Ebene der Städte. ■

INFOS:

Auf der Homepage des IIBW stehen mehrere weiterführende Publikationen zu Habitat III und die New Urban Agenda zum Download zur Verfügung: www.iibw.at.